

Konferenzberichte

Politisch relevantes Wissen durch Big Data

Lena Ulbricht

„Scraping the Demos: Political Epistemologies of Big Data“ am 8. und 9. Juli 2019 am WZB, Internationale Tagung der Forschungsgruppe Quantifizierung und gesellschaftliche Regulierung (Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft), zusammen mit der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung (WZB) und dem Arbeitskreis Politik und Digitalisierung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)

Politische Epistemologien sind Regelsysteme, nach denen Gesellschaften politisch relevantes Wissen konstruieren, bewerten und rechtfertigen. Politische Eliten sehen digitale Technologien als Quelle für neue und bessere Instrumente, um sich über die Bevölkerung zu informieren, politische Responsivität zu erhöhen und die Wirksamkeit von Politiken zu verbessern. Ziel der Konferenz war es, die politischen Implikationen dieser epistemischen Praktiken zu untersuchen. Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen widmeten sich ihnen im Zusammenhang mit Big Data und verwandten Phänomenen wie Algorithmen, maschinellem Lernen und künstlicher Intelligenz in politischen Kontexten.

In seiner Keynote machte Daniel Kreiss (University of North Carolina) deutlich, dass technologieintensive Wahlkämpfe in den USA fester Teil des politischen Repertoires geworden sind. Sie binden umfangreiche Ressourcen, leben von einer florierenden Industrie der Datenanalyse und räumen Technologie-Expert*innen große Deutungsmacht ein. Die politischen Kandidaten und Kandidatinnen selbst verlieren gegenüber den immer komplexer werdenden Analysen an Kontrolle und Autonomie.

Simon Kruschinski (Universität Mainz) kontrastierte die Diagnose aus den USA mit seinen Erkenntnissen über technologieintensiven Wahlkampf in Deutschland: Zwar bedienen die Parteien sich zunehmend digitaler Spurendaten, intransparenter Scores, Facebook-Werbung und Apps. Doch ist der Blick der Parteien auf ihre Wähler*innen nach wie vor durch traditionelle soziodemografische Kategorien geprägt. Wie Sven Regel (WZB) betonte, konzentrieren

sich programmatische Entscheidungen in Deutschland dabei weniger auf Wahlkämpfe, sondern finden auch in den Zeiten zwischen Wahlen statt.

Big Data wird jedoch nicht nur zur Produktion von wahlkampfrelevantem Wissen eingesetzt, sondern auch zur Politikgestaltung und in der Verwaltung, etwa durch die globale Messung der Gesundheit von Bevölkerungen, als Ergänzung der nationalen Statistik und um in Städten in China und den USA politische Entscheidungen zu treffen. Big Data als Form der Wissensproduktion zu verstehen, ermöglichte auch ein Beitrag zur Sozial- und zur politischen Theorie: Sebastian Berg (WZB) thematisierte die Spannung zwischen der empirisch untersuchten Bevölkerung und dem Demos, der sich in politischen Akten konstituiert. Der Erfolg Big-Data-fundierter Sozialwissenschaft befeuert dabei inferenzbasierte Gesellschaftskonzepte und einen erneuerten und naturwissenschaftlich inspirierten Planungs- und Steuerungsoptimismus, wie Florian Eyert (WZB) erklärte.

In der Diskussion mit Praktikern und Praktikerrinnen aus Politik, Stiftungen und Unternehmen wurde deutlich, dass Big Data als Ressource für politikrelevantes Wissen in Deutschland noch nicht an der Tagesordnung ist. Eine Ausnahme stellt die Sicherheitspolitik dar. Doch anders als in den USA nutzen deutsche Parteien, Stiftungen und kleine Unternehmen Big Data begrenzt. Das liegt auch an einer vorsichtigen Haltung gegenüber datengetriebener Entscheidungsfindung. Zahlreiche Initiativen kontrollieren zudem durch Datenschutz und Wettbewerbskontrolle die Macht großer Technologiekonzerne und staatlicher Behörden über Bürgerinnen. Ein weiterer Ansatz besteht darin, Daten zu „demokratisieren“ und sie der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, etwa durch Open-Data-Initiativen.

Die Konferenz hat gezeigt, dass die politische Bedeutung von Big Data international zunimmt, selbst wenn Parteien und Verwaltung in Deutschland die neueren technologischen Entwicklungen mit Vorsicht aufnehmen. Dass Künstliche Intelligenz als Autonomieverlust erlebt werden kann, machte Alexander Peterhansel (UdK Berlin) mit einem Kunstprojekt deutlich. Seine „Smile to Vote“-Wahlkabine zeigt, wie Maschinen Bürger*innen auf der Grundlage von Gesichtserkennung Wahlentscheidungen abnehmen könnten.